

MDL-NEWSLETTER

2/2024

BERND KRÜCKEL MDL
Heinsberg, Geilenkirchen,
Übach-Palenberg, Gangelt,
Selfkant, Waldfeucht

THOMAS SCHNELLE MDL
Erkelenz, Hückelhoven,
Wassenberg und Wegberg



LAND UNTERNEHMERPRÄSIDENT

Nordrhein-Westfalen geht Hand in Hand mit der Wirtschaft

In der Sitzung unserer CDU-Fraktion war der Präsident der Unternehmensverbände NRW, Arndt Kirchhoff, zu Gast, um sich über die Wirtschaftspolitik in unserem Land auszutauschen. „Wir brauchen dauerhaft eine sichere und bezahlbare Energieversorgung“, betonte Kirchhoff in seiner Kritik der Ampel-Kraftwerksstrategie.

Hendrik Wüst machte dabei deutlich, dass Energiesicherheit und kostengünstige Energie im Industrieland NRW Priorität hat. Auch der Infrastrukturausbau sei für die klimaneutrale Industrie der Zukunft unerlässlich.

Bei uns im Kreis Heinsberg setzen wir alles daran, die klimaneutrale Industrie von morgen bereits heute abzusichern. Eine verkehrliche Anbindung ist ebenso wie die



Paul Ziemiak, Arndt Kirchhoff und Hendrik Wüst. Foto: Ralph Sondermann

Energieversorgung notwendig für den Wandel. Bei dem geplanten Industriegebiet in Geilenkirchen/

Lindern setzen wir uns daher für eine Beschleunigung des Infrastrukturausbaus ein. ■



Bernd Krückel MdL

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
T: 0211 884 27 64
F: 0211 884 33 19

E: bernd.krueckel@landtag.nrw.de

W: bernd-krueckel.nrw



Thomas Schnelle MdL

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
T: 0211 884 27 80
F: 0211 884 33 20

E: thomas.schnelle@landtag.nrw.de

W: thomas-schnelle.nrw

Impressum

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen der 32. Ausgabe unseres Newsletters. Sie können diesen Newsletter direkt per E-Mail abonnieren. Gehen Sie dazu auf www.thomas-schnelle.nrw unter > Service > Newsletter. Dort geben Sie eine gültige E-Mailadresse und den angezeigten Code gegen Spam ein und bestätigen einmalig das Abo in der erhaltenen E-Mail. Ab sofort erhalten Sie den jeweils aktuellen Newsletter automatisch nach Erscheinen zugemailt.

SOLIDARITÄT UND FRIEDEN

Europa an der Seite der Ukraine

In einer Geste der Solidarität hat der Landtag mit den Stimmen der demokratischen Fraktionen seine uneingeschränkte Unterstützung für die Ukraine und ihr Volk bekundet. Angesichts des seit zwei Jahren anhaltenden russischen Angriffskriegs ist dies ein Signal der Unterstützung und des Mitgefühls.

Der Landtag betont, dass die Ukraine nicht allein gelassen werden darf in ihrem Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit. Der Krieg, der sich in den Straßen und Dörfern des Landes abspielt, ist ein Akt brutaler Aggression, dem Europa entschlossen entgegenzutreten muss. Es geht nicht nur um die Sicherheit und Stabilität der Ukraine, sondern auch um die grundlegenden Werte und Interessen Europas.

Die eindrücklichen Schilderungen der Verwüstung und des Leids, das dieser Konflikt verursacht hat, erinnern uns daran, dass es nicht nur um politische Machtkämpfe, sondern vor allem um das menschliche Leid geht, das diesem Krieg zugrunde liegt. Unsere Solidarität gilt den unschuldigen Opfern dieses Konflikts und ihren Familien.

Es ist jedoch von größter Bedeutung, dass Europa nicht nur in Worten, sondern auch in Taten an der Seite der Ukraine steht. Dies erfordert eine konsequente und entschlossene Haltung gegenüber dem Aggressor und eine verstärkte Unterstützung für die Ukraine in ihrem Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit.

Der wichtigste Faktor für Putins Krieg ist aufgrund der verhärteten Fronten in der Ostukraine die Zeit. Wenn die Unterstützung des Westens stark bleibt, wird Putin den Krieg verlieren. Nicht auf dem Schlachtfeld, sondern im eigenen Land.

Gerade deshalb müssen wir die Ukraine weiterhin humanitär und mit Rüstungsgütern unterstützen – und wir müssen uns in Europa darauf vorbereiten, diese Unterstützung massiv auszuweiten, sollte die USA unter ihrem 47. Präsidenten ihre Hilfe einstellen. Die Bundesregierung muss endlich auch das Waffensystem Taurus an die Ukraine liefern.

Unser Ministerpräsident Hendrik Wüst hat im Landtag mehr Militärhilfe für den Kampf gegen die russische Invasion gefordert: „Mehr produzieren, mehr liefern und schneller liefern.“ Er betonte die zunehmende Bedrohung für die Ukraine und die stetige Aufrüstung Russlands. Wüst warnte davor, dass ein russischer Sieg katastrophale Folgen für Europa hätte.

Die Hoffnung auf eine friedliche Lösung dieses Konflikts liegt in der Einheit und Entschlossenheit Europas. Nur durch gemeinsame Anstrengungen und eine klare Positionierung gegenüber der Aggression Russlands können wir eine dauerhafte Lösung für diesen Konflikt erreichen. ■



EHRENAMT

Landtagsfraktion diskutiert Herausforderungen und Lösungen

Die CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen hat im Februar ein Werkstattgespräch zum Thema Ehrenamt veranstaltet, das auf großes Interesse stieß, wie sich an der Anmeldung von über 100 Gästen zeigte. Vertreter verschiedener ehrenamtlicher Organisationen, darunter der Landesjugendring, der Landessportbund, der Deutsche Feuerwehrverband, das Deutsche Rote Kreuz und viele andere nahmen an dieser Veranstaltung teil. Das breite Spektrum der Anwesenden verdeutlichte die Vielfalt und Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements in der Gesellschaft.

Während des Gesprächs wurde die zentrale Rolle des Ehrenamts für das Gemeinwohl und die soziale Verbindung der Menschen hervorgehoben. Dabei wurde betont, dass das freiwillige Engagement nicht nur für die eigene Gemeinschaft, sondern auch einen beträchtlichen volkswirtschaftlichen Wert hat. Ein Beispiel dafür ist die durchschnittliche wöchentliche Zeit, die Ehrenamtliche für ihre Tätigkeiten aufwenden, was, wenn man dies als Arbeitsleistung betrachtet und den Mindestlohn zugrunde legt, einen erheblichen Beitrag zur Wirtschaft darstellt, der sich beispielsweise im BIP nicht wiederfindet.

Verschiedene Initiativen zur Stärkung des Ehrenamts auf Landes-

und Bundesebene wurden diskutiert. Dazu gehörte unter anderem ein Antrag zur Förderung des Ehrenamts, den die schwarz-grüne Koalition im Landtag eingebracht hat sowie eine Bundesratsinitiative zur Anrechnung von Rentenpunkten für ehrenamtliche Tätigkeiten. Es wurde betont, dass Vereine von bürokratischen Hürden entlastet werden müssen, um ihr Engagement aufrechtzuerhalten.

Die Diskussion beleuchtete auch die Herausforderungen, vor denen das Ehrenamt steht, insbesondere in der Zeit nach der COVID-19-Pandemie. Dabei wurde die Bedeutung barrierearmer Zugänge zum Ehrenamt betont und die Rolle von Künstlicher Intelligenz zur Erreichung neuer Zielgruppen angesprochen.

Es wurden erfolgreiche Beispiele für die Vernetzung von Ehrenamtlichen präsentiert, wie Programme zur Förderung von Engagement in Städten und Gemeinden sowie kostenlose Fortbildungsangebote für Vereinsarbeit. Die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Unterstützung und Beratung für Ehrenamtliche, speziell in jeder Kommune, wurde hervorgehoben.

Das Werkstattgespräch verdeutlichte die Bedeutung des Ehrenamts für die Gesellschaft und unterstrich die vielfältigen Herausforderungen und Möglichkeiten, die damit verbunden sind. Es wurde zugesichert, die aufgeworfenen Themen weiterhin aufmerksam zu verfolgen und zu bearbeiten, um das ehrenamtliche Engagement langfristig zu stärken. ■



v.r.n.l.: Dr. Silke Eilers, Michael Schüring, Ute Wiedemeier, Klaus Voussemer, Katharina Gebauer, Daniel Hagemeier.

BAUEN UND WOHNEN

Krisen und Chancen: Wohnungsbau im Tief

Im Zuge einer Aktuellen Stunde wurde im Düsseldorfer Landtag der Wohnungsbau in unserem Land diskutiert. Da ich selbst nicht Mitglied im Bauausschuss bin und mit dem Thema nur in konkreten Fragen aus dem Kreis Heinsberg in Kontakt komme, war die grundlegende Auseinandersetzung mit dem Thema im Plenum eine wertvolle Informationsquelle.

So spielt das Baugewerbe zwar eine entscheidende Rolle in der deutschen Wirtschaft, mit einem Anteil von rund sechs Prozent an der Bruttowertschöpfung und einem gleichwertigen Beitrag zur Beschäftigung. Trotzdem hat sich die Situation für die Branche seit 2021 verschlechtert.

Während sie unter den Bedingungen der Corona-Pandemie noch als Stütze für die Konjunktur diente, leidet sie nun besonders unter der kriegsbedingten Knappheit von Material und den durch die EZB angehobenen Zinsen.

Um den Wohnungsbau zu unterstützen, gibt es staatliche Programme wie die Bundesförderung für effiziente Gebäude und die öffentliche Wohnraumförderung. In Nordrhein-Westfalen ist bis 2027 ein finanzielles Volumen von insgesamt neun Milliarden Euro für die öffentliche Wohnraumförderung vorgesehen, wobei die NRW-Bank diese Mittel bewirtschaftet.

Dies soll Planungssicherheit gewährleisten, im Gegensatz zu den wiederholten Kürzungen der KfW-Förderung durch den Bund in den vergangenen Jahren.

In Nordrhein-Westfalen gibt es rund 435.000 öffentlich geförderte Wohnungen, was mehr als 40 Prozent des Bestands in ganz Deutschland ausmacht. Seit 2017 wurden unter der CDU-Regierung Impulse gesetzt, um dieses Ergebnis abzusichern.

Nordrhein-Westfalen weist die geringste Differenz zwischen Bestand und Bedarf an Sozialwohnungen aller Bundesländer auf. Im Jahr 2023 wurden 6.726 geförderte Mietwohnungen hinzugefügt, eine Steigerung von 68 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Um den Wohnungsbau weiter anzukurbeln, hat unsere Regierungskoalition konkrete Maßnahmen ergriffen. Die Landesbauordnung wurde am 01.01.2024 aktualisiert, um den Bau zu vereinfachen und zu beschleunigen, einschließlich vollständig digitaler Baugenehmigungsverfahren.

Zusätzlich dürfen Handwerkerinnen und Handwerker in bestimmtem Umfang Bauanträge stellen. Standards, die den Bau teuer oder



langwierig gestalten, werden überprüft. Die Mieterschutzverordnung wird voraussichtlich bereits Mitte dieses Jahres wissenschaftlich begleitet novelliert. Es wird angestrebt, weitere Verfahrensbeschleunigung durch Digitalisierung zu erreichen.

Einen echten Aufschwung wird dieser Wirtschaftsbereich jedoch erst wieder erleben, wenn die entscheidenden Kosten sinken. Die Rohstoffkosten sind eine verzögerte Nachwirkung einerseits von Pandemie, in den die Produktion zum Stocken kam und andererseits vom Ukraine-Krieg, in dessen Zuge neue Lieferwege gefunden und Produzenten sich auf die neue Lage einstellen müssen. Beides wird sich mit der Zeit von selbst regulieren.

Und während wir die Materialkosten kaum mit politischen Eingriffen von Europa aus regeln können, gibt es Möglichkeiten, die europaweiten Leitzinsen zu senken, was von EZB-Chefin Lagarde bereits für einen mittelfristigen Zeitpunkt angekündigt wurde. Dennoch wird uns das Konjunkturtief der Bauwirtschaft noch einige Jahre beschäftigen. ■

HÄUSLICHE GEWALT

Wir stärken den Opferschutz für Betroffene häuslicher Gewalt

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist eine Menschenrechtsverletzung und ihre Bekämpfung ist für uns als schwarz-grüne Koalition ein zentrales Thema. Die Istanbul-Konvention ist die Grundlage zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen, daher arbeiten wir kontinuierlich daran, deren Vorgaben umzusetzen.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen werden wir entschieden bekämpfen und den Opfern noch stärker zur Seite stehen. Wir wollen den Schutz für Opfer fortlaufend verbessern und ausbauen. Für die betroffenen Frauen und ihre Kinder ist es essenziell, aus lebensbedrohlichen Situationen fliehen und Schutz in einem Frauenhaus finden zu können. Aktuell stellen wir finanzielle Mittel für vier neue Frauenhäuser bereit, die sich derzeit im Aufbau befinden.

Die Rechte der Opfer stehen für uns im Mittelpunkt. Deshalb wollen wir den Aktionsplan »NRW schützt Frauen und Mädchen vor Gewalt« weiterentwickeln, um eine Gesamtstrategie zur Umsetzung der Istanbul-Konvention zu erarbeiten. Erfolgversprechend ist unter anderem, polizeiliche Maßnahmen und die polizeiliche Vermittlung von Beratungsstellen stärker zu verzahnen. Außerdem

benötigen wir einen Aktionsplan, der umfassende Maßnahmen zum Schutz von Frauen und Mädchen beinhaltet z. B. Beratungs- und Schutzangebote für Betroffene, Fortbildungsangebote für Fachkräfte sowie Präventionsmaßnahmen, um Gewalt in allen gesellschaftlichen Bereichen vorzubeugen. Wichtig ist uns, dass wir dabei Betroffene einbeziehen. ■

Hintergrundinfo:

Istanbul-Konvention, Kapitel II – Ineinandergreifende politische Maßnahmen und Datensammlung

Artikel 7 - Umfassende und koordinierte politische Maßnahmen

1. Die Vertragsparteien treffen die erforderlichen gesetzgeberischen und sonstigen Maßnahmen, um landesweit wirksame, umfassende und koordinierte politische Maßnahmen zu beschließen und umzusetzen, die alle einschlägigen Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung aller in den Geltungsbereich dieses Übereinkommens fallenden Formen von Gewalt umfasst, und um eine ganzheitliche Antwort auf Gewalt gegen Frauen zu geben.

2. Die Vertragsparteien stellen sicher, dass die in Absatz 1 genannten politischen Maßnahmen die Rechte des Opfers in den Mittelpunkt aller Maßnahmen stellen und mittels einer wirksamen Zusammenarbeit zwischen allen einschlägigen Behörden, Einrichtungen und Organisationen umgesetzt werden.

3. Nach Maßgabe dieses Artikels getroffene Maßnahmen beziehen gegebenenfalls alle einschlägigen Akteure wie Regierungsstellen, nationale, regionale und lokale Parlamente und Behörden, nationale Menschenrechtsinstitutionen und zivilgesellschaftliche Organisationen ein.



CDU-POLITIK ZAHLT SICH AUS

Über 3.000 angehende Polizisten leisten Eid auf die Landesverfassung

Am 1. März 2024 versammelten sich über 3.000 angehende Beamtinnen und Beamte in der Kölner Lanxess-Arena, um feierlich den Eid auf die Landesverfassung zu leisten. Die Veranstaltung, die von den Angehörigen mitverfolgt wurde, war ein Zeugnis für den wachsenden Einsatz und das Engagement im öffentlichen Dienst.

Die Einstellungszahlen für den Polizeiberuf erreichten im Einstellungsjahrgang 2023 einen historischen Höchststand. Noch nie zuvor wurden so viele angehende Polizistinnen und Polizisten in Nordrhein-Westfalen eingestellt wie in diesem Jahr.

Die feierliche Zeremonie fand im Beisein von Ministerpräsidenten Hendrik Wüst und Innenminister Herbert Reul statt. Ministerpräsident Wüst betonte die Bedeutung des Polizeiberufs für den Schutz der demokratischen Grundordnung und würdigte den Einsatz der jungen Menschen für den Rechtsstaat. Innenminister Reul hob die Rolle der Beamten als direkte Repräsentanten des Staates hervor und ermutigte sie, die Werte und Prinzipien des Staates zu verteidigen und durchzusetzen.

Die steigende Anzahl von Frauen, die sich für den Polizeiberuf interessieren, sowie der leicht gestiegene Anteil an Kommissaranwärtern mit Migrationshintergrund im

Einstellungsjahrgang 2023 zeigen die Attraktivität des Berufs und die Vielfalt innerhalb der Polizei. Seit 2017 haben mehr als 18.000 Kommissaranwärter ihre Karriere bei der nordrhein-westfälischen Polizei begonnen, was das anhaltende Interesse an diesem Berufsfeld unterstreicht.

Die Polizei bleibt einer der beliebtesten Arbeitgeber in Nordrhein-Westfalen, mit jährlich rund 11.000 Bewerberinnen und Bewerbern. Die Anforderungen für eine Bewerbung umfassen neben dem Abitur auch alternative Qualifikationen wie einen Meisterbrief im Handwerk oder eine abgeschlossene Berufsausbildung mit entsprechender Berufserfahrung. Um auch Bewerbern mit mittlerem Bildungsabschluss den Zugang zum Polizeiberuf zu ermöglichen, bietet die Polizei Nordrhein-West-

falen den Bildungsgang „Fachoberschule Polizei“ an ausgewählten Berufskollegs an.

Die Vereidigten werden nun ein dreijähriges duales Bachelor-Studium an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen absolvieren, das sie auf ihre zukünftige berufliche Tätigkeit vorbereitet. Durch eine Abfolge von Theorie, Training und Praxis erhalten die Studenten eine umfassende Ausbildung, die sie auf die vielfältigen Herausforderungen ihres Berufs vorbereitet.

Die Rekordzahl von über 3.000 vereidigten Beamten zeigt, dass sich die seit 2017 von der CDU geführte Landespolitik für unsere Sicherheit auszahlt: Seitdem haben mehr als 18.000 Kommissaranwärter eine Ausbildung bei der Polizei begonnen. ■



Foto: Land NRW/Marius Becker